



In der Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen

sind im Sachbereich C „Vom Parlament eingesetzte Gremien“ des Referats I.A.1 „Plenum, Ausschüsse“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt befristet für die Dauer des Ausschusses, längstens jedoch bis zum Ende der 17. Wahlperiode, zwei Stellen als

Volljuristinnen/Volljuristen (m/w/d)

als

wissenschaftliche Assistenzen für die Betreuung von Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen

zu besetzen.

Die Landtagsverwaltung ist Dienstleisterin für das Parlament. Ihre Aufgabe ist es, den reibungslosen Ablauf des parlamentarischen Betriebes sicherzustellen und die organisatorischen, personellen und technischen Voraussetzungen für die Arbeit der Mitglieder des Landtags zu schaffen.

Das Referat I.A.1 „Plenum, Ausschüsse“ ist für die fachliche und organisatorische Vorbereitung, Unterstützung sowie Nachbereitung der Sitzungen des Plenums und der Fachausschüsse sowie für die Betreuung der vom Landtag eingesetzten Verfassungskommission, Enquetekommissionen und Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zuständig. Es unterstützt die parlamentarische Entscheidungsfindung organisatorisch und fördert den Informationsfluss innerhalb der verschiedenen parlamentarischen Gremien.

Ihre Aufgaben:

Wissenschaftlich-juristische Betreuung der Parlamentarischen
Untersuchungsausschüsse II „Hackerangriff/Stabsstelle“ sowie IV
„Kindesmissbrauch“, insbesondere

- Sichtung und Auswertung der beigezogenen Akten
- Beratung des Ausschussvorsitzenden und des Untersuchungsausschusses in juristischen, insbesondere verfahrensrechtlichen Fragen
- Erstellung von juristischen Vermerken und Kurzgutachten zu Fragen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss
- Inhaltliche und verfahrensrechtliche Vor- und Nachbereitung der Sitzungen
- Sicherstellung des ordnungsgemäßen Verfahrens während der Sitzungen
- Zusammenarbeit und Kommunikation mit den Fraktionen, Moderation von Referentenrunden
- verfahrensrechtliche Begleitung der interfraktionellen Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse
- Anfertigung eines Entwurfs des Abschlussberichts

Ihr Profil:

- Erste und Zweite juristische Staatsprüfung mit jeweils mindestens befriedigendem Abschluss
- Kenntnisse im Strafprozessrecht und im Recht der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse sind von Vorteil
- Berufliche Erfahrungen in interdisziplinären Arbeitsfeldern und/oder in wissenschaftlich-politischen Handlungsfeldern und Prozessen sowie in der administrativen und organisatorischen Koordinierung von Konzepten und Prozessen der politischen Willensbildung sind von Vorteil
- Ausgeprägte Fähigkeiten und Erfahrungen in der mündlichen und schriftlichen Darstellung von komplexen Sachverhalten
- Hohe soziale und kommunikative Kompetenz, Teamfähigkeit
- Verständnis für politische Zusammenhänge und Gespür für politische Sensibilität sowie absolute parteipolitische Neutralität
- Hohes Maß an Einsatzbereitschaft und hohe Belastbarkeit
- Zeitliche Flexibilität im Zusammenhang mit Sitzungen ist unerlässlich

Zur Erledigung der Aufgaben ist bei Bedarf eine Ermächtigung zum Zugang von Verschlussachen bis einschließlich der Einstufung „STRENG GEHEIM“ erforderlich (vgl. insoweit Gesetz über die Voraussetzungen des Verfahren von Sicherheitsüberprüfung des Landes Nordrhein-Westfalen – SÜG NRW). Insofern wird die Bereitschaft, sich einer entsprechenden Sicherheitsüberprüfung nach dem SÜG NRW zu unterziehen vorausgesetzt.

Bewertung:

Die Ausschreibung richtet sich an Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt, die ein Amt bis zur Besoldungsgruppe A 14 LBesO innehaben sowie an vergleichbare Tarifbeschäftigte.

Neben Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen sind insbesondere Beschäftigte des Bundes, aus anderen Bundesländern, Kommunen, Körperschaften des öffentlichen Rechts und vergleichbaren Einrichtungen angesprochen.

Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt zu berücksichtigen, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Ebenfalls ausdrücklich erwünscht sind Bewerbungen von schwerbehinderten und ihnen gleichgestellten behinderten Menschen im Sinne des SGB IX.

Die Ausschreibung richtet sich ausdrücklich auch an Menschen mit Migrationshintergrund.

Eine Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich.

Mit flexiblen Arbeitszeiten im Rahmen der Dienstvereinbarung und vielfältigen Teilzeitmodellen unterstützt die Landtagsverwaltung ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Vereinbarung von Berufs-, Privat- und Familienleben im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten. Zudem gibt es ein breites Angebot im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Für weitere Informationen steht Ihnen Frau Pauli (Tel. 0211/884-2336) gerne zur Verfügung.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte mit aussagefähigen Unterlagen, insbesondere der letzten Beurteilung, bis zum 09.03.2020 an

Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
- Referat I.B.2 Personalmanagement -
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

oder per E-Mail an bewerbung@landtag.nrw.de. Bitte tragen Sie im Betreff „Bewerbung I.A.1 – Volljurist/in/wiss. Assistenz PUA“ ein und versenden Ihre gesamten Bewerbungsunterlagen in einer PDF-Datei.